

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Personalbedarfsplanung am 07.10.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Beratungsraum 113,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:02 Uhr bis 18:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)	
Herr Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)	
Herr André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)	ab 16:03 Uhr
Herr Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale) Vertreterin für Frau Nagel	von 16:05 bis 17:00 Uhr ab 16:45 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)	
Frau Marion Krischok	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)	
Herr Johannes Krause	SPD-Fraktion Halle (Saale)	
Herr Bernward Rothe	SPD-Fraktion Halle (Saale)	
Herr Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Sabine Wolff	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM Vertreterin für Herrn Wolter	von 16:00 bis 16:40 Uhr
Herr Egbert Geier	Bürgermeister	
Frau Christine Hahnemann	Verwaltung	
Frau Gesine Präkelt	Verwaltung	
Herr Steffen Ruppe	Verwaltung	
Frau Anja Schneider	stellv. Protokollführerin	

Entschuldigt fehlen:

Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)
Herr Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die erste öffentliche Sitzung des Personalbedarfsplanungsausschusses wurde von **Herrn Töpfer** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es lagen keine Wortmeldungen zur Tagesordnung vor, so dass **Herr Töpfer, Ausschussvorsitzender**, um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 11.06.2014
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Bestellung einer Protokollführerin
Vorlage: VI/2014/00177
 - 4.2. Benennung der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Personalbedarfsplanung
 - 4.3. Stand der Haushaltskonsolidierung im Bereich der Personalkosten
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Fortschreibung Personalbericht 2014 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00138
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 11.06.2014**

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift des Personalbedarfsplanungsausschusses vom 11.06.2014.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
1 Ja Stimme
9 Enthaltungen

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Bestellung einer Protokollführerin** **Vorlage: VI/2014/00177**

Herr Krause, SPD-Fraktion, informierte, dass in der vergangenen Wahlperiode die Niederschriften des Personalbedarfsplanungsausschusses Frau Timme-Mäurer, Mitarbeiterin im Fachbereich Verwaltungsmanagement, erstellt hat.

Aus seiner Sicht ist eine inhaltliche Unterstützung bei der Erstellung der Niederschriften zweckmäßig und bat um weitere Unterstützung aus dem Fachbereich.

Herr Bürgermeister Geier, sagte eine Unterstützung durch Frau Timme-Mäurer zu.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Herr Töpfer, Ausschussvorsitzender, bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Personalbedarfsplanung bestellt der Oberbürgermeister Frau Yvonne Merker als Protokollführerin. Die Stellvertretung wird durch das Team Ratsangelegenheiten abgesichert.

zu 4.2 Benennung der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Personalbedarfsplanung

Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, schlug Herrn Kraus als stellvertretenden Ausschussvorsitzenden vor.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor, so dass **Herr Töpfer, Ausschussvorsitzender**, um Abstimmung des Vorschlages bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
1 Enthaltung

Der Ausschuss für Personalbedarfsplanung benannte **Herrn Johannes Krause, SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)**, zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschuss für Personalbedarfsplanung.

zu 4.3 Stand der Haushaltskonsolidierung im Bereich der Personalkosten

Herr Bürgermeister Geier stellte den Stand der Haushaltskonsolidierung anhand einer Präsentation für die Mitglieder dar (*Anlage zur Niederschrift*)

Der derzeitige Personalaufwand liegt bei 131,4 Mio. EUR, die globale Minderung kann mit einem Betrag von 6,5 Mio. EUR beziffert werden.

Er wies darauf hin, dass die im Jahr 2014 geschlossenen Teilzeitverträge für den Haushalt eine Entlastung von 600.000 EUR aufweisen. Durch Tarifsteigerungen sind die Jahresscheibe 2014 insgesamt 1,4 Mio. EUR abzufedern, so dass hier eine Differenz von ca. 2 Mio. EUR entstehen wird.

Zum Personalabbau informierte **Herr Bürgermeister Geier**, dass von den 84 bereits 30 Stellen abgebaut wurden. Für das Jahr 2015 wurden bereits fünf Stellen berücksichtigt, die die Beigeordneten im Rahmen der Haushaltsklausuren angeboten haben.

Derzeit liegen der Verwaltung 67 Anträge zum Modell der Abfindung vor, wovon sechs abgelehnt werden mussten, bspw. wegen nicht Einhaltung der 24 Monatsfrist.

Einige der Anträge wurden zurückgezogen, 25 Anträge sind noch offen und zwölf Anträge stehen kurz vor Abschluss der Kettenbildung.

Herr Krause, SPD-Fraktion, bat um eine Übersicht und Altersstruktur.

Frau Hahnemann, amt. Fachbereichsleiterin, informierte, dass keiner der Anträge von Mitarbeitern unterhalb der Altersgrenze von 25. Lebensjahren eingereicht wurde. Die Antragsteller befinden sich in einem Alter zwischen 50 und 60. Auf die Frage von **Herrn**

Töpper, ob hier Führungskräfte unter den Antragstellern sind, äußerte **Frau Hahnemann**, dass Teamleiter Anträge gestellt haben.

Frau Hahnemann sagte eine Aufschlüsselung der Antragsteller nach Alter und Funktion bis zur nächsten Sitzung zu.

Herr Bürgermeister Geier informierte weiter, dass bei acht Anträgen noch Unklarheiten bestehen, da keine Umschichtungen möglich sind, so dass ggf. Ausschreibungen für die Stellen noch folgen werden.

Für drei von den 25 genannten offenen Anträgen ist es schwierig Nachbesetzungen zu finden, da es sich hier um Mitarbeiter des Jobcenters und Sozialarbeiter handelt.

Herr Krause, SPD-Fraktion, fragte nach, ob es gewährleistet ist, dass die Abfindungen weder vom Arbeitsamt oder anderen Behörden angerechnet werden.

Bezüglich der Anfrage vor **Herrn Krause** berichtete **Frau Hahnemann**, dass die Stadt Halle darauf achtet, dass keine Nachteile für die Mitarbeiter entstehen. Entsprechende Kündigungsfristen werden eingehalten, so dass in der Stadtratssitzung vom 24.09.2014 eine Informationsvorlage eingebracht wurde, um die Möglichkeit für einen Austritt noch im Jahr 2015 zu schaffen.

Hierzu merkte **Herr Krause** an, dass er in den vorherigen Ausschusssitzungen anregte, eine Vereinbarung mit dem Arbeitsamt zu treffen, da tatsächlich die Möglichkeit besteht, dass die Abfindung nicht auf die Leitungen angerechnet werden.

Herr Töpper, Ausschussvorsitzender, bat um den Entwurf des Aufhebungsvertrages zur nächsten Ausschusssitzung.

Die Verwaltung sagte dies zu.

In Bezug auf die Präsentation informierte **Herr Bürgermeister Geier**, dass zwei Anträge nicht aufgeführt werden, da diese mit großer Wahrscheinlichkeit in einer Erwerbsunfähigkeitsrente münden. Die gesundheitliche Entwicklung der Antragsteller wird berücksichtigt, so dass diese Antragsstellungen noch nicht abgeschlossen werden können.

Herr Bürgermeister Geier erklärte den Ausschussmitgliedern die unterschiedlichen Kettenbildungen anhand verschiedener Beispiele.

Hierzu informierte **Frau Hahnemann**, dass der Personalbedarfsplanungsausschuss in der vorherigen Wahlperiode einen Beschluss über 84 kw-Stellen gefasst hat. Im Zusammenhang der Kettenbildungen müssen verschiedenste Faktoren berücksichtigt werden. Grundlegend ist, dass Mitarbeiter gefunden werden, die bereit sind einer Umsetzung zuzustimmen. Weiterhin müssen entsprechende Qualifizierungen vorliegen bzw. noch erfolgen. Erst wenn alle Grundlagen geschaffen sind, kann eine Kettenbildung erfolgen.

Auf die Frage von **Herrn Bernstiel**, wie viele Kettenbildungen seit 2013 erfolgt sind, informierte **Herr Bürgermeister Geier**, dass bislang 28 Verfahren abgeschlossen sind. Er erklärte weiter, dass die Umsetzungen entsprechend dem Stadtratsbeschluss auch wirtschaftlich sein müssen, so dass mögliche Fehlzeiten durch Weiterbildungen und Umschulungen oder Reisekosten in die Betrachtung der Kettenbildungen einfließen.

Herr Töpper, Ausschussvorsitzender, bat um regelmäßige Berichterstattung über den Stand der Umsetzung der personalwirtschaftlichen Maßnahmen.

Herr Bürgermeister Geier sagte dies zu.

Herr Krause bat um Information zum strategischen Vorgehen auch mit Einbeziehung der Führungskräfte. In Anlehnung der Fachkonzepte sollte ein ähnlich strategisches Vorgehen erfolgen.

Herr Bürgermeister Geier erklärte, dass die Präsentation die Entwicklung des Jahres 2014 darstellt. Die mittelfristige Planung bis 2020 und daraus entstehende Verfahrensweise liegt bereits vor und muss mit der Verwaltungsspitze besprochen werden, ehe diese dem Ausschuss vorgestellt wird.

Bezüglich der Informationen zu den Kettenbildungen fragte **Herr Cierpinski, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, nach der angewandten Methode für die Bildungen.

Frau Hahnemann erklärte, dass dies IT unterstützt erfolgt. Es wird das SAP genutzt, welches ein gepflegtes Personal Modul aufweist, um so bspw. die Qualifikationen der Mitarbeiter zu filtern.

Weiterhin arbeiten im Fachbereich Verwaltungsmanagement spezialisierte Mitarbeiter die entsprechende Vorschläge unterbreiten. Weiterhin geben auch die Führungskräfte Informationen über geeignete Mitarbeiter.

Herr Knöchel, DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion fragte, ob die Mitarbeiter beurteilt sind und ob hierüber entsprechende Übersichten vorliegen.

Dazu merkte **Frau Hahnemann** an, dass nur unvollständige Übersichten vorliegen, da der Fachbereich Verwaltungsmanagement von den Zuarbeiten der anderen Bereich abhängig ist.

Herr Krause bat um die Zurverfügungstellung der Ergebnisse des Dialogverfahrens der Führungskräfte zur nächsten Sitzung.

Herr Bürgermeister Geier sagte dies zu.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Fortschreibung Personalbericht 2014 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00138

Herr Bürgermeister Geier informierte, dass der vorliegende Personalbericht ein Auftrag des Stadtrates ist. Dieser soll jährlich bereitgestellt werden und enthält den aktuellsten Stand der Personalmaßnahmen nach unterschiedlichsten Gesichtspunkten und Kriterien.

Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, merkte an, dass das Titelbild des Berichtes, ein Altenheim, bezeichnend für Halle-Neustadt sei.

Hierzu äußerte **Frau Präkelt, Abteilungsleiterin**, dass dies bewusst wegen des 50jährigen Jubiläums des Stadtteiles Halle-Neustadt ausgewählt wurde.

Herr Doege bezog sich in seiner Anfrage auf die Aussagen, dass drei Führungskräfte ein außertarifliches Entgelt erhalten. (*Seite 20*) Aus seiner Sicht müsse dies übertariflich geführt werden.

Bezugnehmend auf die dargestellten Altersstrukturen sagte **Herr Doege**, dass dringend ein Ausgleich gefunden werden muss. Er fragte an, ob es bereits einen Entwicklungsprogramm gibt und ob die Verwaltung versucht das Defizit intern auszugleichen. (*Seite 24*)

Herr Bürgermeister Geier informierte, dass bereits Grundlagen in der Vorbetrachtung bis 2020 geschaffen werden, um dieses Defizit auszugleichen. Es wird demnach berücksichtigt, welche der aufgeführten 700 Stellen entsprechende Qualifikationen benötigen und folgebesetzt werden müssen. Es handelt sich hierbei um einen längeren Prozess, welcher jedoch bereits begonnen hat.

Ergänzend zu seinen Ausführungen merkte **Herr Bürgermeister Geier** an, dass dieser Prozess im Stadtwerkekonzern bereits 2011 begonnen hat. Ein entsprechender Wissenstransfer ist hilfreich, doch müssen die erforderlichen Entscheidungen diesbezüglich noch getroffen werden.

Im Personalbericht wird aufgeführt, dass die Ausbildung der Berufsfeuerwehr weiterhin zweijährig ist. (*Seite 37*)

In diesem Zusammenhang fragte **Herr Doege**, ob Überlegungen stattgefunden haben den Ausbildungszyklus einjährig durchzuführen, auch wenn hierfür notwendige Kapazitäten bei der Feuerwehr noch geschaffen werden müssten.

Herr Bürgermeister Geier äußerte, dass die Feuerwehr insgesamt unter einem Fachkräftemangel leide, da jede Kommune Feuerwehrmänner und –frauen sucht. Eine Diskussion über kw-Stellen ist generell sinnvoll, wenn jedoch die Stellen nicht mit geeignetem Personal besetzt werden können sind diese nicht zielführend. Ähnlich ist die Situation bei den Erzieherinnen in den Kindertageseinrichtungen.

Frau Hahnemann, amt. Fachbereichsleiterin Verwaltungsmanagement, ergänzte die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Geier.

In der öffentlichen Verwaltung werden die Bewerber untereinander abgeworben. Hinzukommt, dass sie oftmals den sportlichen als auch den fachlichen Grundanforderungen nicht genügen.

Von dem zweijährigen Ausbildungszyklus wird bereits abgesehen, damit die Einsatzwagen in voller Besetzung gefahren werden können.

Herr Bürgermeister Geier erklärte, dass es bereits eine große Debatte zur Berufsfeuerwehr innerhalb der Verwaltung stattgefunden hat, um für die Einstellungen erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Hier wurden durch alle Bereiche die zusätzlich erforderlichen 250.000 EUR aufgebracht um die Ausbildungen zu gewährleisten.

Zu der Anzahl der Kündigungen im Bereich Kindertagesstätten fragte **Herr Doege** nach den Gründen, da es sich aus seiner Sicht um eine sehr hohe Anzahl handelt.

(Seite 47, Tabelle 7.1.2)

Frau Hahnemann sagte, dass die Verwaltung zu den Gründen keine Aussagen treffen kann. Sie empfahl den Ausschuss den Eigenbetriebsleiter, Herrn Kreisel, einzuladen.

Herr Knöchel, DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion, merkte ergänzend an, dass der Eigenbetriebsausschuss in der Vergangenheit sehr selten tagte, so dass der Eigenbetriebsleiter nach den Gründen nicht befragt werden konnte.

Herr Bernstiel, CDU/FDP-Fraktion bat um Erklärung für die aufgeführten Mehrkosten in Höhe von 7,6 Mio. EUR *(Seiten 5 und 8)*

Herr Bürgermeister Geier erklärte, dass es sich hierbei um die Angliederung des Eigenbetriebs ZentralesGebäude Management handelt.

Weiterhin fragte **Herr Bernstiel** nach der Darstellung der Neueinstellungen.

Hierzu informierte **Herr Bürgermeister Geier**, dass zu den Neueinstellungen regelmäßig im Stadtrat informiert wird.

Bezüglich der Fluktuation der Führungskräfte fragte **Herr Bernstiel** welche Stellen dies konkret von den 60 insgesamt aufgeführten Stellen betrifft. Er bat die Verwaltung um Darstellung, welche Bereiche von den Veränderungen betroffen sind. Dies diene der politischen Schwerpunktsetzung bei den Haushaltsdiskussionen. *(Seite 22)*

Herr Bürgermeister Geier sagte eine entsprechende Darstellung zu.

Herr Bernstiel fragte weiterhin, ob Konzepte vorliegen, die den hohen Krankenstand in den Griff bekommen.

Frau Hahnemann merkte dazu an, dass der Krankenstand derzeit bei 7 %, also 19 Tage im Durchschnitt, liegt. Dies sei aus ihrer Sicht nicht außerordentlich hoch.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die Krankenquote in der Vergangenheit zwar besser war, doch müssen hier auch die Ursachen betrachtet werden.

Zum einem hat sich der Altersdurchschnitt der Verwaltung geändert, aber auch die Arbeitsklima und -verdichtungen und führen zu den Erhöhungen der Krankenquote.

Herr Krause, SPD-Fraktion, informierte, dass zu den Kündigungen im Bereich Kindertagesstätten bereits in den vergangenen Ausschusssitzungen ausführlich informiert wurde. Er regte in diesem Zusammenhang die Mitglieder des Ausschusses an, die entsprechenden Protokolle nachzulesen und bat die Verwaltung eine Zusammenstellung vorzunehmen.

Zu den Ausbildungszahlen merkte **Herr Krause** an, dass er diese mit großer Besorgnis betrachtet.

Die personalwirtschaftlichen Maßnahmen werden bis zum Jahr 2020 betrachtet, doch ist es nicht ersichtlich, welche Anzahl an Auszubildenden in gleichem Zeitraum vorgesehen sind. Es werden Ketten für die Umsetzung der personalwirtschaftlichen Maßnahmen gebildet, doch die Ausbildung bleibt unbetrachtet, so dass sich die Schere deutlich vergrößert.

Herr Rothe, SPD-Fraktion, bat um Vergleichszahlen bzw. Quellen anderer strukturell vergleichbarer Städte. Dies soll Anregungen und Hilfestellung zum Umgang mit dem Thema erbringen.

Er fügte seinen Ausführungen hinzu, dass altersbedingte Abgänge nicht nur ein Problem für die Verwaltung darstellen, sondern auch die Chance verschaffen Nachwuchs einzustellen und zu fördern ohne den Verlust der Leistungsfähigkeit.

Herr Töpfer, Ausschussvorsitzender, bezog sich in seinen Ausführungen auf die Fluktuation der 60 Führungskräfte.

Es gibt hierfür zwei Möglichkeiten um eine Kompensation zu schaffen. Die Nachbesetzungen müssen innerhalb der Verwaltung oder durch externe Einstellungen erfolgen. Ein langfristiger Aufbau ist aus seiner Sicht unumgänglich.

Frau Hahnemann informierte, dass die Verwaltung eine Mischung, interne Neubesetzungen und externe Einstellung, verfolgt.

Es wird Positionen geben, die mittels Headhunters und Personalfindungskommissionen, besetzt werden. Die Mehrheit des Nachwuchses erfolgt durch Talentmanagement aus den eigenen Reihen. Des Weiteren wird der Bereich der Hochschulen und Schulen bei den Nachbesetzungen berücksichtigt.

Das Kriterium wird stets die Anforderung der Verwaltungsspitze an die Führungskraft sein – dies stellt zukünftig ein zentrales Thema der Verwaltung dar. Die Probleme können gelöst werden, wenn die richtige Führungskraft an der entsprechenden Stelle positioniert ist.

Herr Bürgermeister Geier ergänzte, dass er eine Vielzahl von talentierten Mitarbeitern kennt, diese jedoch noch Zeit benötigen, um die Führungsaufgabe zu erlernen.

Als weiteres Problem führte er die Veränderungen der Beamtenausbildung an. Hiernach gibt es keine Beamtenfachschule im Land Sachsen-Anhalt mehr. Dies führt dazu, dass die Studenten keine Bindung zu der entsendenden Gemeinde mehr haben. Die handhabung der Studenten verläuft somit analog der Privatwirtschaft, sie gehen nach Beendigung zu dem Arbeitgeber, welcher ihnen den höchsten Verdienst in Aussicht stellt.

Herr Knöchel fragte nach den Ausführungen von Herrn Geier, welches Budget für die Anwärterausbildung zur Verfügung steht.

Daraufhin sagte **Herr Bürgermeister Geier**, dass keine Beamte im gehobenen Dienst eingestellt werden können.

Herr Doege hinterfragte die Ursachen, weshalb keine Vorverträge mit potentiellen Absolventen gefertigt werden. Aus seiner Sicht könne versucht werden, so die Nachwuchskräfte zu binden und bat die Verwaltung dies als Anregung aufzunehmen.

Die Zulassung an der Fachhochschule kann, so **Herr Bürgermeister Geier**, auch bei Vorliegen einer Vereinbarung mit dem potentiellen Absolventen, versagt werden. Dennoch werde die Verwaltung diese Anregung aufnehmen.

Im Hinblick auf die Ergebnisse des Personalberichts fragte **Herr Krause**, ob der reale Bedarf für die Jahre 2017 bis 2021 bekannt sei bzw. Prognosen dazu vorliegen.

Dazu informierte **Herr Bürgermeister Geier**, dass verbindliche Antworten zu dieser Thematik erst gegeben werden können, wenn die Anzahl der Stellen im Stellenplan feststeht. Werden durch die kw-Diskussion die Stellenanzahl geringer, umso geringer sind die Ausbildungsstellen im Verhältnis dazu.

Hierzu führte **Herr Bürgermeister Geier** eine Annahme von 100 Stellen auf, die im Rahmen der personalwirtschaftlichen Maßnahmen das Arbeitsverhältnis beenden. Dementsprechend müssen jährlich 33 Mitarbeiter gewonnen werden. Tatsächlich werden lediglich 15 Mitarbeiter eigestellt, so dass ein Fehlbedarf von 18 Stellen vorliegt. Wenn nunmehr ein Bedarf von 50 bestünde, ist das entsprechende Delta noch größer.

Herr Krause merkte dazu an, dass in den Jahresscheiben bestimmte Altersabgänge berücksichtigt und mit den personalwirtschaftlichen Maßnahmen auch verrechnet werden müssen. Weiterhin sagte er, dass bereits jetzt schon Bereiche bekannt sind, in denen die Arbeitsverdichtung so groß ist, dass Überlastungsanzeigen die Folge dessen sind. Für Bindungen der Mitarbeiter müsse Attraktivität geschaffen werden und die Prognosen für die kommenden fünf bis zehn Jahre berücksichtigt werden.

Frau Hahnemann ergänzte die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Geier und sagte, dass bereits feststeht, welche Stellen nachbesetzt werden müssen. Konkrete Anhaltspunkte für die Förderung bestimmter Bereiche innerhalb der Verwaltung stehen fest. Weiterhin prüft die Verwaltung permanent die Abläufe, denn dies ist zwingend erforderlich. Bezüglich der Berücksichtigung der mittelfristigen Prognosen sagte **Frau Hahnemann** dass diese in den Überlegungen berücksichtigt werden, einzelne Maßnahmen jedoch den Rahmen des Ausschusses übersteigen.

Die Mitteilung wurde von den Mitgliedern zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Bernstiel, CDU/FDP-Fraktion, äußerte, dass aus seiner Sicht nicht nur die Verdienstmöglichkeiten wichtig sind, sondern auch die Rahmenbedingungen für die Mitarbeiter.

In diesem Zusammenhang fragte er nach den Ergebnissen der Analysen im Bereich der Grünfläche sowie verschiedener Bereiche des Geschäftsbereich Bildung und Soziales.

Herr Bürgermeister Geier informierte, dass die Ergebnisse der Verwaltung vorliegen, diese aber noch mit dem Oberbürgermeister besprochen werden müssen.

Herr Bernstiel fragte, ob im Rahmen der Haushaltsaufstellung ein Mehrbedarf angemeldet wurde, welcher im vorliegenden Haushaltsplan noch nicht im Ansatz berücksichtigt wurde.

Herr Bürgermeister Geier bestätigte dies, fügte seinen Ausführungen jedoch hinzu, dass entsprechende Einzelfallprüfungen stattgefunden haben und stattfinden, um die Notwendigkeit zu belegen.

Herr Bernstiel zitierte aus einer schriftlichen Beantwortung aus dem Rechnungsprüfungsausschusses, wonach der Personalrat eine Zustimmung zu verschiedenen Personaleinstellungen gegeben hat.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass er Zeuge in einem Strafverfahren ist und sich dazu nicht äußern wird.

Herr Töpfer, Ausschussvorsitzender, wies darauf hin, dass es sich hierbei um eine nicht öffentliche Frage handelt.

Weiterhin fragte er, ob es eine mehrsprachige Abteilung in der Verwaltung gibt, welche ausländische Anfragen entgegennehmen und bearbeiten kann.

Daraufhin merkte **Herr Bürgermeister Geier** an, dass die Verwaltung ein hohes Defizit in der mehrsprachigen Kommunikation hat. Zukünftig müsse bei externen Einstellungen darauf geachtet werden, dass die Mitarbeiter mehrsprachig kommunizieren können.

Ansonsten wird dies funktional von der Frau Furtak, welche für europäische Angelegenheiten zuständig ist, betreut.

Herr Krause, SPD-Fraktion, bezog sich in seiner Anfrage zu dem Sachverhalt des Berichtes im Rechnungsprüfungsausschuss.

Üblicherweise gibt die Verwaltung bei Anfragen auch eine Stellungnahme ab. Dies ist hier nicht der Fall gewesen.

Es ist üblich, wenn das Rechnungsprüfungsamt als unabhängiger Teil der Behörde, eine Bewertung abgibt, die von der Meinung der Verwaltung abweicht, diese eine Stellungnahme dazu abgibt. **Herr Krause** überreichte Herrn Geier seine schriftlichen Anfragen dazu und bat um Stellungnahme, ob die Verwaltung diese Meinung teilt.

Herr Krause fragte nach den Ergebnissen zu den Organisationsuntersuchungen und dem Dialogverfahren der Führungskräfte.

Herr Bürgermeister Geier sagte zu, dies nach Vorstellung beim Oberbürgermeister den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Herr Aldag, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte, dass die Stadt Halle nach eigenen Aussagen Betreiber der Eissporthalle ist. Demnach müssen dort auch Stellen geplant werden.

Er fragte um welche Stellen es sich hierbei handelt und welche finanziellen Auswirkungen sie für die Stadt haben werden.

Frau Hahnemann, amt. Fachbereichsleiterin, sagte eine schriftliche Antwort zu.

zu 9 Anregungen

Herr Cierpinski, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, regte an, andere personalwirtschaftliche Modelle, als das Kettenmodell in einer der nächsten Sitzungen vorzustellen. Aus seiner Sicht könnten sich so andere Entscheidungsmöglichkeiten für den Stadtrat ergeben.

Herr Töpper, Ausschussvorsitzender, regte an, sich auf einen späteren Sitzungsbeginn zu verständigen.

Es lagen keine weiteren Anregungen vor.

Herr Töpper, Ausschussvorsitzender, beendete die öffentliche Sitzung des Personalbedarfsplanungsausschusses.

Egbert Geier
Bürgermeister

Gernot Töpper
Ausschussvorsitzender

Anja Schneider
stellv. Protokollführerin